

Entschließungsantrag

gemäß §55 GOG-NR

der Abgeordneten Mag.^a Dr.ⁱⁿ Sonja Hammerschmid
Genossinnen und Genossen

betreffend Sicherstellung von Kinderbetreuungsangeboten in den Herbstferien

eingbracht im Zuge der Debatte zum Bericht des Unterrichtsausschusses über die Regierungsvorlage (595 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Schulzeitgesetz 1985 geändert wird (613 d.B.) (TOP 6)

Die Anforderungen der Berufswelt an Erwerbstätige und Selbständige steigen stetig. Überstunden, 12-Stunden-Tag und eingeforderte Flexibilität sind an der Tagesordnung. Eltern haben daher bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie große Herausforderungen zu bewältigen. Insbesondere Alleinerziehende und Personen ohne familiären Rückhalt stehen oft vor einem massiven Betreuungsproblem.

Diese Situation spitzt sich in den Ferien zu, da vor allem außerhalb von Wien ein Mangel an Kinderbetreuung herrscht. So zeigte beispielsweise die Studie "Ferienbetreuung steirischer Kinder" im Auftrag der Arbeiterkammer Steiermark, dass fast 90 Prozent aller Eltern Ferienbetreuung für ihre Kinder benötigen, mehr als 70 Prozent müssen dafür zahlen. Die Gesamtkosten betragen im Schnitt 1.019 Euro pro Haushalt (durchschnittlich 1,7 Kinder pro befragtem Haushalt). Für 49 Prozent belastet der erhöhte zeitliche Betreuungsbedarf die eigene Lebensqualität.

Tatsache ist, dass die Summe an Ferienzeiten der Schulen den regulären Urlaubsanspruch von in der Regel fünf Wochen pro Elternteil bei Weitem übersteigt. Somit wird auf familiäres oder befreundetes Umfeld ausgewichen, um die Kinder gut versorgt zu wissen. Eltern berichten, dass einzelne Tage dabei leichter abzudecken sind als gesamte Ferienwochen.

Geeignete Unterstützung für Familien und Kinder ist notwendig, um echte Entlastung – zeitlich und finanziell – anbieten zu können und über allem muss der Anspruch einer adäquaten, pädagogisch wertvollen und leistbaren Ferienbetreuung stehen. Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat möge beschließen:

„Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird aufgefordert sicherzustellen, dass während der Herbstferien ausreichende Angebote zur Kinderbetreuung zur Verfügung stehen. Dafür sollen zur Unterstützung der Gemeinden die Mittel im Bildungsinvestitionsgesetz adäquat aufgestockt werden.“



